

2207. Artikel zu den Zeitereignissen

# Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 281

**Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat" (15) – Berlin – apabiz – MBR – "Berlin gegen Nazis"**

(Kurz bevor Erdogan das Parlament über sein angestrebtes Präsidialsystem, das seine Machtbefugnisse erweitern soll, abstimmen lässt,<sup>1</sup> ereigneten sich – so ein "Zufall" – am 10. 12. 2016 zwei Anschläge in Istanbul mit mindestens 38 Toten.<sup>2</sup> Der Staatsterrorismus in der Türkei hat eine lange Tradition.<sup>3</sup> Auch hierzulande dürfte Erdogans Einfluß noch größer werden, wenn Niedersachsen Türkisch als reguläres Schulfach einführen würde.<sup>4</sup> Dadurch werden sich die Parallelgesellschaften vergrößern.<sup>5</sup> Dabei spionieren DITIB-Imame jetzt schon für Erdogan.<sup>6</sup>)

Christian Jung und Torsten Groß schreiben weiter unter dem Titel *Berlin, Berlin – du bist für Linke so wunderbar*:<sup>7</sup>

*Weder die bayerische Großstadt München noch das Flächenland Baden-Württemberg sind Ausnahmen. Auch in Berlin, das sowohl Stadt als auch zugleich Bundesland ist, unterhalten die etablierten Parteien über öffentliche Zuschüsse ein Netzwerk der »Antifa«.*

*So wird der Steuerzahler etwa in Anspruch genommen, wenn es gilt, das apabiz zu unterhalten. Das antifaschistische pressearchiv und bildungszenrum berlin, kurz »apabiz«, ist mit a.i.d.a. in München<sup>8</sup> vergleichbar. Vor allem in einem Punkt sind sie identisch: Beide erhalten durch den Steuerzahler erhebliche Geldzuflüsse.*

[Berlin: Anschlag auf Polizeiauto durch linke Autonomen beweist wieder einmal: Der Terror kommt von links](#)



*(Antifant prügelt auf Polizisten ein. Man darf ziemlich sicher sein, dass er straffrei davonkommt.<sup>9</sup>)*

<sup>1</sup> <http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-erdogan-117.html>

<sup>2</sup> <http://www.tagesschau.de/ausland/istanbul-anschlag-135.html>

<sup>3</sup> Siehe u.a. Artikel 761-768

<sup>4</sup> Siehe Artikel 2206 (S. 3/4)

<sup>5</sup> Siehe Artikel 2206 (S. 5)

<sup>6</sup> <http://www.bild.de/politik/inland/recep-tayyip-erdogan/imame-spionieren-in-deutschland-49243012.bild.html>

<sup>7</sup> *Der Links-Staat*, S. 65-69, Kopp 2016

<sup>8</sup> Siehe Artikel 2189

<sup>9</sup> <https://michael-mannheimer.net/2014/09/15/berlin-anschlag-auf-polizeiauto-durch-linke-autonomen-beweist-wieder-einmal-der-terror-kommt-von-links/>

2010:	102 071 €	<i>Wie a.i.d.a. in München sammelt auch apabiz Daten über die politische Einstellung von Bürgern, die wiederum an staatliche oder kommunale Stellen weitergegeben werden. Dabei bleibt es der Antifa überlassen, wer denn als »Neonazi« etc. zu gelten hat. Auf seiner Internetseite stellt das apabiz zu seinem Tun jedenfalls unter mehreren Beispielen auch das Folgende dar:</i>
2011:	121 218 €	
2012:	147 571 €	
2013:	73 523 €	
2014:	75 515 €	
2015:	78 222 €	

*»Aus einer Kommune in Brandenburg erreicht uns eine Anfrage, in welchem **Zusammenhang** dort aktive Neonazis bereits vorher unangenehm aufgefallen oder einschlägig bekannt sind.«*

*Wie in München, so bleibt es auch in Berlin nicht bei einem Archiv der Antifa. In der Bundeshauptstadt wird auch noch die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)« staatlich gefördert. Die Beratungsstelle, die auch mit dem Münchner Netzwerk zusammenarbeitet, um Versammlungen der Opposition zu verhindern (siehe Kapitel »Die Münchner Stadt-Stasi – und ihre bundesweite Bedeutung«), erhält noch deutlich mehr Geld aus dem Steuertopf des Pleitelandes Berlin:*

2009:	395 435 €	<i>Dafür bekommt die etablierte Politik, die diese Zuschüsse beschlossen und für deren Auszahlung gesorgt hat, aber auch was für ihr Geld. Zum Beispiel Unterstützung im Wahlkampf. Denn die MBR erstellt zusammen mit apabiz eine Broschüre zum Wahlkampf, die alle etablierten Parteien und die Piraten zu Demokraten erklärt und die übrigen – vor allem die AfD – zu Aussätzigen des Politbetriebes.</i>
2010:	411 227 €	
2011:	48 539 €	
2012:	456 943 €	
2013:	501 964 €	
2014:	keine Fördersumme durch die Senatsverwaltung ausgewiesen	
2015:	571 413 €	

*Allerdings findet sich auf der letzten Seite der Broschüre der Hinweis auf die Förderung des »Antifa-Bündnisses« durch den Berliner Senat. Die Broschüre schwankt beim kritischen Lesen zwischen Absurditäten und unfreiwilligem Humor. Schon allein, dass eine zwanzigseitige Broschüre mit dem Geld der Steuerzahler gefördert wird, in der eindeutig Einfluss auf den Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus genommen wird und in der die AfD schon aufgrund der Länge der über sie geschriebenen Beiträge zum Hauptgegner erklärt wird, macht jedem objektiven Betrachter klar: Hier findet kein fairer Wahlkampf statt. Dennoch glauben die Autoren, die AfD für ihre Hinweise auf ihre unfaire Behandlung als verquere Quengler darstellen zu müssen: Die AfD reagiere ...*

*»... auf inhaltliche Kritik an ihren menschenverachtenden Positionen meist mit einer Selbstinszenierung als unschuldiges Opfer eines übermächtigen und hinterhältigen Gegners, der mit Schmähungen wie >links-grüne Gesinnungsmafia< oder >Altparteien-Kartell< beschrieben wird.«<sup>10</sup>*

<sup>10</sup> Unter Anmerkung 53 steht: »Antritt von rechts - Ein Überblick über Wahlantritte rechter Parteien zu den Berliner Wahlen im September 2016«, Seite 8, unter:  
[https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Antritt-von-rechts\\_aktualisiert.pdf](https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Antritt-von-rechts_aktualisiert.pdf)

*Endgültig absurd wird diese Behauptung, wenn die Autoren wenige Seiten später den etablierten Parteien und Journalisten, Talkshow-Moderatoren und anderen zum Umgang mit der AfD Folgendes raten:*

*»Grundsätzlich sollten Veranstalterinnen von Podiumsdiskussionen und Talkshows sowie Journalistinnen bei Interviewanfragen zunächst berücksichtigen, dass Interviews und Diskussionen, die Rechtspopulist\_innen auf dieselbe Stufe stellen wie die demokratischen Diskussionspartner\_innen, das Signal senden, dass es sich bei den Rechtspopulist\_innen um normale und akzeptable politische Akteure handelt. Um die inhaltlichen Unterschiede und die eigene Position herauszustellen, kann es z. B. im Vorfeld einer Veranstaltung sinnvoll sein, eine Erklärung zu veröffentlichen. In der Regel wird es aber besser sein, zwar über die diskriminierenden Schwerpunkte der AfD zu reden, aber nicht mit ihr. Angesichts der ungeheuren medialen Präsenz rechtspopulistischer Positionen ist es ohnehin überflüssig, der AfD noch zusätzlich ein Podium zu verschaffen.«<sup>11</sup>*

*Doch die Vorschläge zu einer Kartellbildung, die man zunächst als abwegige Behauptung der AfD darstellte, gehen noch weiter. Unter anderem denkt die staatlich bezahlte Antifa schon an den Umgang mit der AfD nach der Wahl. Auch hier soll ein Kartell gebildet werden:*

*»Anzuraten ist, dass die demokratischen Parteien möglichst früh Absprachen zum Umgang mit Rechtspopulismus treffen und auch eine öffentliche Stellungnahme darüber abgeben. Grundlage der demokratischen Selbstverständigung sollte die Erkenntnis sein, dass die AfD nicht wie eine demokratische Partei behandelt werden kann, solange sie sich nicht nachvollziehbar und praktisch wirksam von rassistischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen und Personen distanziert.«<sup>12</sup>*

*Sogar der offene Rechtsbruch wird gefordert (Hervorhebung durch die Autoren):*

*»Des Weiteren bestehen für Parlamente und kommunale Gremien verschiedene **verbindliche Regelungen, nach denen Fraktionen zwar Vorschlagsrechte für bestimmte Positionen zustehen**, diese Positionen aber gleichwohl in demokratischen Wahlen besetzt werden müssen. Dies betrifft etwa die Posten der Stadträte, also der Ressortleiter in den Bezirksämtern. Hier gilt: **Demokrat\_innen können nicht gezwungen werden, wider ihr Gewissen eine rechtspopulistische Person zu wählen**. Eine solche Entscheidung sollte in jedem Fall offensiv und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar begründet werden.«<sup>13</sup>*

*Soweit gesetzliche Regelungen zur Besetzung von Ausschüssen etc. bestehen, die sicherstellen sollen, dass die Mehrheitsverhältnisse des repräsentativen Organs in bestimmten Gremien und Positionen widerspiegelt werden, entspricht dies den Vorgaben des Art. 38 Grundgesetz. Eine Gleichgewichtigkeit der Wählerstimmen wäre nicht mehr gegeben, wenn die Ausschüsse nach dem reinen Willen der Mehrheit besetzt werden könnten. Ein letztlich verfassungswidriger Vorschlag angesichts der Aufgaben der Parteien (Art. 21 GG), denen durch das Grundgesetz Chancengleichheit (auch in der Oppositionsarbeit) garantiert wird.*

*Diese ist freilich ohnehin nicht mehr demokratisch gegeben, wenn die Antifa, diverse Vereine und Strukturen durch die Altparteien mit Steuergeld gefördert werden, auf dass sie sich am Wahlkampf aufseiten dieser etablierten Parteien beteiligen. Und dies mit unlauteren Mitteln*

<sup>11</sup> Unter Anmerkung 54 steht: Ebenda, S. 11

<sup>12</sup> Unter Anmerkung 55 steht: Ebenda, S. 13

<sup>13</sup> Unter Anmerkung 56 steht: Ebenda

und mit – wie es auf Seite 1 der Broschüre heißt – der »antifaschistischen Intervention«. Wir werden noch sehen, mit wem sich die MBR für dieses Eingreifen verbündet.



### Unser Team



(<https://www.mbr-berlin.de/uber-uns/unser-team/>)

auf (Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin). Anlass ist laut Auskunft des Bündnisses gegen Rechts ein außerordentlicher Sonderparteitag der Partei Alternative für Deutschland (AfD), welcher im Ratskeller Charlottenburg stattfinden soll.

Weitere Infos: Siehe Link oder auf der Facebook-Seite des Bündnisses <https://www.facebook.com/berlinerbuendnisgegenrechts/>

Um das zu erkennen, muss man wissen, dass der Trägervereiipi der MBR der »Verein für demokratische Kultur« ist. Dieser betreibt auch die Plattform »Berlin gegen Nazis«. <sup>14</sup> Auf der Facebook-Seite von »Berlin gegen Nazis« wird fleißig zu Protesten gegen die AfD aufgerufen. So heißt es im Eintrag vom 10. August 2016:

»Donnerstag, 11.08.16, Charlottenburg: Kundgebung des Berliner Bündnisses gegen Rechts >Rechte Hetze? Nicht mit uns<. Das Berliner Bündnis gegen Rechts ruft zu einer Kundgebung in Charlottenburg auf, Anlass ist laut den Veranstalterinnen ein außerordentlicher Sonderparteitag der Partei Alternative für Deutschland (AfD).

Das Berliner Bündnis gegen Rechts ist ein Zusammenschluss aus Vereinen, Parteijugendverbänden, Gewerkschaften, linken und antifaschistischen Gruppen, zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Studierendenvereinigungen.

Am Donnerstag, den 11. August ruft das Bündnis zu 18.00 Uhr zu einer Kundgebung vor das Rathaus Charlottenburg

(Fortsetzung folgt.)

<sup>14</sup> Unter Anmerkung 57 steht: <http://berlin-gegen-nazis.de/impressum/>